

Antrag

der Abgeordneten Duve, Dr. Penner, Bernrath, Dr. Böhme (Unna), Conradi, Egert, Dr. Götte, Hämmerle, Müller (Düsseldorf), Odendahl, Schmidt (Nürnberg), Schmidt (Salzgitter), Sielaff, Dr. Soell, Toetemeyer, Wartenberg (Berlin), Weiler, Weisskirchen (Wiesloch), Weyel, Wiefelspütz, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Ständige Gemeinsame Kulturkonferenz

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung, die Bundesländer und die Dachorganisationen der Kultur- und Künstlerverbände auf, sich für die Einrichtung einer Ständigen Gemeinsamen Kulturkonferenz zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Zugleich soll in Gesprächen mit der DDR das Vorhaben vorbereitet werden. Der Deutsche Bundestag wird bei dem Plan einer Gemeinsamen Kulturkonferenz von folgenden Gesichtspunkten geleitet:

- Ziele der Gemeinsamen Kulturkonferenz sind der intensive kulturelle Austausch zwischen beiden Staaten, gemeinsame Initiativen für die kulturelle Entwicklung Europas und die Beteiligung beider Seiten an der Diskussion um die vielfältige Weltkultur der Zukunft.
- Der Gemeinsamen Kulturkonferenz gehören die Dachverbände des Kulturlebens sowie andere Zusammenschlüsse aus dem kulturellen Bereich beider deutscher Staaten an. Sie ist unabhängig von staatlicher Beeinflussung.
- Zu den Aufgaben der Gemeinsamen Kulturkonferenz sollten gehören:
 - Stipendien für DDR-Künstler und -Künstlerinnen im westlichen Ausland zu vermitteln,
 - Starthilfen zu gewähren für neue kulturelle Institutionen, kleine Verlage, freie soziokulturelle Zentren, autonome Theatergruppen, Filmwerkstätten, Übersetzungs- und Veröffentlichungshilfen für neue Verlage zu geben, die bisher nicht über eigene Deviseneinnahmen verfügen (dies gilt ebenfalls für neue unabhängige Kultur- und Literaturzeitschriften) und vieles andere mehr,

- finanzielle Hilfen zur Erhaltung schützenswerter Baudenkmäler in der DDR zu gewähren,
 - bedeutende Zeugnisse der Industriekultur zu erhalten und eventuell Museen der Arbeit zu errichten sowie
 - dem drohenden Massenausverkauf von Kulturgut der DDR entgegenzuwirken.
- Für die Finanzierung seiner Aufgaben sollte ein Fonds geschaffen werden. Sitz der Gemeinsamen Kulturkonferenz ist Berlin.

Bonn, den 18. Januar 1990

Duve

Dr. Penner

Bernrath

Dr. Böhme (Unna)

Conradi

Egert

Dr. Götte

Hämmerle

Müller (Düsseldorf)

Odendahl

Schmidt (Nürnberg)

Schmidt (Salzgitter)

Sielaff

Dr. Soell

Toetemeyer

Wartenberg (Berlin)

Weiler

Weisskirchen (Wiesloch)

Weyel

Wiefelspütz

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Umwälzungen in der DDR zeigen ihre Auswirkungen auch auf Kunst und Kultur: Die Opposition in der DDR strebt eine neue, auf Freiheit gegründete, von Zensur und Gängelung befreite Entfaltung von Kunst und Kultur an. Die DDR-Regierung hat einen Wandel in der Kulturpolitik angekündigt.

Die Kultur der beiden deutschen Staaten war durch die Grenze nie ganz geteilt: Es gab eine Literatur der Deutschen; Musik, Malerei, Theater und Film sind während der vierzig Jahre auf vielfältige, oft schmerzliche Weise miteinander verbunden geblieben.

Unter diesen Vorzeichen kann die Gemeinsamkeit der beiden deutschen Staaten durch eine Institution wie die Gemeinsame Kulturkonferenz dokumentiert werden.

Darüber hinaus muß die Gemeinsame Kulturkonferenz gerade in der gegenwärtigen gesamteuropäischen Aufbruchsituation über-nationale, europäische Verantwortung übernehmen. Denn es muß deutlich werden, daß mit der Bildung einer neuen gemeinsamen Einrichtung nicht das große Ziel der aufklärerischen Politik der Nachkriegszeit aufgegeben wird, den egozentrischen Nationalstaat zu überwinden. Im Gegenteil kann in einer Gemeinsamen Kulturkonferenz von DDR und Bundesrepublik Deutschland, die im Bewußtsein historischer Zusammengehörigkeit arbeitet, der „Patriotismus in weltbürgerlicher Absicht“ (Christian Graf von Krockow) weit fundierter entfaltet werden als bisher. Sie kann heute für die europäische und globale Verantwortung der Deutschen nach innen leichter werben, als dies in der Zeit der ideologischen Gegnerschaft möglich war.